

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 38 (1958-1959)
Heft: 6

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

Bericht aus Westdeutschland

Die Deutschen und der Nabe Osten

Selten noch während der letzten Jahre hat sich die öffentliche Meinung Deutschlands so grundsätzlich von der der Schweiz geschieden wie jetzt hinsichtlich der Nahostfrage.

Mit Staunen lesen wir in den Schweizer Zeitungen die Meinung, die Interventionen des Westens in den arabischen Ländern seien notwendig, um «der Expansion Nassers entgegenzutreten». In der Bundesrepublik ist man vom Gegenteil überzeugt; nämlich davon, daß gerade diese Interventionen mehr als alles andere dazu beigetragen haben, den Sowjets die Gelegenheit zu bieten, sich als Schutzmacht für Freiheit und Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonialvölker aufzuspielen.

Niemand kann doch im Ernst glauben, die Sowjets wollten die Herrschaft in Arabien ergreifen (das würde ihren mühsam verhüllten Imperialismus ja viel zu rasch entlarven). Worauf es ihnen vielmehr ankommt, ist, eine allgemeine antiwestliche Stimmung zu erzeugen, in deren Aufwind sich dann *ihre* Segel blähen. Zur Erreichung dieses Zieles haben sie selbst allerdings — paradoxerweise — in den letzten Jahren sehr viel weniger getan als die Westmächte.

Alles, von der englisch-französischen Intervention in Suez über die Eisenhower-Doktrin bis zur Landung amerikanischer Truppen im Libanon und britischer Truppen in Jordanien, mußte zwangsläufig den Sowjets in die Hände arbeiten. So deutlich ist dies geworden, daß manche Leute meinen, die US-Nahostpolitik werde gar nicht in *Washington*, sondern in *Moskau* gemacht!

Wer während der letzten Jahre Gelegenheit hatte, die arabischen Länder häufig zu besuchen, der hat die Berechtigung dieser sarkastischen Feststellung aus eigenem Augenschein immer wieder bestätigt gefunden.

Vom Westen wurde bisher jeder — und das war zweifellos ein Fehler — der nicht seine prowestliche Gesinnung zum Ausdruck brachte, kurzerhand als Handlanger der Sowjets abgestempelt. So kam es, daß man die arabischen Länder geradezu in die Arme Moskaus getrieben hat, denn angesichts ihrer Erfahrungen konnte man weder von den Syrern, deren Hauptstadt noch 1946 von den Franzosen bombardiert worden war, noch von den Ägyptern verlangen, daß sie sehr passionierte Parteigänger der bisherigen Kolonialmächte sein würden.

Wer noch zu Zeiten Faruks einmal in Kairo war und erlebt hat, wie hochgebildete Ägypter, die an der Sorbonne promoviert hatten und makelloses Oxford-Englisch sprachen, den Gezira-Club — den vornehmsten Club Kairos — (in ihrem eigenen Lande!) nicht betreten durften, weil die Engländer dies nicht gestatteten, oder wer sich noch der Zeiten erinnert, in denen eben diese Ägypter vom Trottoir herunter mußten, wenn ein englischer Sergeant dort des Weges kam, der wird verstehen, daß die Begeisterung dieser Völker für den Westen nicht übermäßig groß sein konnte.

Neutral statt prosovjetisch oder antiwestlich

Hätte man den Wunsch der Araber, zwischen Ost und West neutral zu sein, respektiert und alles Augenmerk darauf gerichtet, daß

ihnen eine wirklich neutrale Haltung (auch dem Osten gegenüber) ermöglicht wurde, so wäre zweifellos allen Beteiligten damit am besten gedient gewesen. Noch als Nasser neulich zu Tito fuhr (was Moskau mehr ärgerte als wenn er zu Dulles gefahren wäre), kam der arabische Wunsch zur Neutralität deutlich zum Ausdruck; aber das State Department rührte sich nicht. Statt dessen wird man nun genötigt, immer billiger zu spielen. Zunächst hieß es drohend: «Ihr dürft nicht *neutral* sein, ihr müßt *pro-westlich* werden.» Dann steckte man zurück und sagte: «Wenn ihr schon nicht *pro-westlich* seid, dann wenigstens nicht *pro-sowjetisch*.» Und jetzt wäre man schon froh, wenn man die Garantie hätte, daß die Araber in Zukunft *neutral* und nicht *anti-westlich* sein werden. Das hätte man wirklich billiger haben können.

Nun muß man sich freilich darüber klar sein, daß nicht nur die Erfahrungen mit den englischen und französischen Machthabern der Kolonialzeit das Verhältnis der Araber zum Westen belasten, sondern noch ein anderes gewichtiges Problem: die Gründung des Staates Israel auf arabischem Boden und die Freundschaft, die diesen Staat mit dem Westen eng verbindet.

Da für den Nahen Osten die arabisch-israelische Frage ebenso wichtig und alles andere überschattend ist, wie für die übrige Welt das Ost-West-Problem, sind natürlich die Beziehungen der arabischen Staaten zu den westlichen Großmächten schon hierdurch im vorhinein argwöhnisch getrübt. Woraus gleichzeitig folgt, daß die Sowjets als Gegner des Westens auch ohne einen Finger zu rühren bei den Arabern einen Stein im Brett haben (nach dem Motto: «Die Feinde meiner Feinde sind meine Freunde»); und wenn sie dann noch Waffen gegen Israel liefern, Instruktoren schicken und Freiwillige anbieten, gelten sie natürlich als die wahre und einzig zuverlässige Schutzmacht der Söhne des Propheten.

Diese Tatsachen hätten — auch wenn sie auf subjektiven Fehlurteilen beruhen mögen

— objektiv in das Kalkül der westlichen Außenpolitik einbezogen werden müssen. Und eben dies ist bisher nicht geschehen. Hätte man es getan, so wäre man wohl kaum auf den Gedanken gekommen, daß ein von England und Frankreich gemeinsam mit Israel veranstalteter Feldzug das rechte Mittel sei um «der Expansion Nassers entgegenzutreten». Dann wäre vielmehr klar gewesen, daß Nasser erst durch diese Maßnahme zu dem werden würde, was er heute ist: zum Symbol «Großarabiens».

Die arabische Föderation ist nicht aufzuhalten

Die Bundesrepublik, an der Nahtstelle der beiden feindlichen Welten beheimatet und nach den Erfahrungen des tausendjährigen Reiches aller Großmachtspolitik und allen Risiken abhold, beobachtet ängstlich die verfehlte Nahost-Politik des Westens und deren mögliche Folgen. Man ist hier der Meinung, daß der arabische Nationalismus ein Faktum ist, das man nicht länger leugnen kann. Man ist überzeugt, daß die Tendenz zu immer stärkerer Föderierung der arabischen Staaten bis nach Saudi und bis hin zu den Scheichtümern am Persischen Golf nicht mehr aufzuhalten ist.

Auch Bundeskanzler Adenauer vertritt diese Meinung, die er Dulles gegenüber bei dessen Besuch in Bonn deutlich zum Ausdruck brachte. Inzwischen hat nun das State Department offenbar eine Schwenkung vollzogen. Die erste Andeutung hierfür war die Anerkennung der neuen irakischen Regierung, obgleich diese ihre Entstehung ja auch dem arabischen Nationalismus verdankt. Denn diese Anerkennung beweist doch, daß man die bisherige Theorie, der arabische Nationalismus sei nichts Selbständiges, sondern lediglich eine Verschwörung zwischen Moskau und Kairo, preisgegeben hat. Bekräftigt wurde dann diese Schwenkung durch Eisenhowers große Rede vor der UNO, bei der er «allen» Staaten Arabiens Hilfe und Unterstützung zusagte, und nicht nur denen, die mit dem Westen durch

Bagdadpakt oder Eisenhower-Doktrin verbunden sind.

Der Korrespondent der NZZ in Bonn hat die deutschen Ansichten zu den nahöstlichen Problemen auf das Erwachen nationalsozialistischer Reminiszenzen zurückgeführt — eine erstaunlich willkürliche Interpretation der Sorgen und kritischen Bemerkungen, welche die öffentliche Meinung der Bundesrepublik zum Ausdruck brachte. «Hemmungslos und unkritisch», schreibt Luchsinger, «habe die deutsche Presse ihre Sympathien für arabische Diktatoren zum Ausdruck gebracht, ... und sowjetische Einflüsse und Fernsteuerung gnädig übersehen.»

Man sollte bedenken, daß der politische Wirklichkeitssinn arg getrübt wird, wenn alles, was einem nicht in die Rechnung paßt, immer auf das Konto der Sowjets gesetzt wird. Nicht, daß es ungerecht wäre, sie zu belasten — sie nützen gewiß jede Chance aus, um im Trüben zu fischen —, aber es führt zu falschen politischen Schlußfolgerungen, und dies wiederum schadet nicht jenen, sondern uns. Es läßt sich doch nicht leugnen, daß es eigene Gesetze gibt, nach denen sich die Dinge beispielsweise in den mohammedanischen Staaten entwickeln.

Das Schicksal der Atomtöter

Auch in Deutschland gibt es innenpolitische Probleme, die nicht durch die Ost-West-Polarität bestimmt werden, sondern die einer eigenen Gesetzmäßigkeit unterliegen.

So war die sehr abwegige Kampagne «gegen den Atomtod» nun wirklich ein ureigenes Anliegen der SPD, und nicht etwa eine kommunistische Einflüsterung, wie dies in der Schweizer Presse gelegentlich angedeutet wurde. Die Sozialisten, die das legitime Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung immer unterschätzt und nie berücksichtigt haben, glaubten nämlich, sie könnten mit ihrer Opposition gegen die gefürchteten Atomwaffen die Mehrheit des Volkes hinter sich bringen und auf diese Weise endlich einmal mehr Stimmen gewinnen als die üblichen 30—35%.

Wobei nicht übersehen werden darf, daß es einen echten Pazifismus in Deutschland gibt — sowohl unter den Intellektuellen wie unter den protestantischen Pfarrern —, dem es bei dieser Kampagne nicht um einen *Wahlslogan*, sondern um die Sache selbst ging. Den Wahltaktikern ist inzwischen durch die Wahlen in Nordrhein-Westfalen eine deutliche Belehrung erteilt worden. Dort nämlich zeigte sich, daß die Sorge um die Verteidigung größer ist als die Angst vor den Atombomben.

Zurück zur Schweizer Presse: Es wäre bedauerlich, wenn durch eine leicht verschnupte Berichterstattung die öffentliche Meinung in den beiden Nachbarländern gegeneinander aufgebracht würde. In der deutschen Presse ist bisher jede Reaktion auf die Schweizer Kritik unterblieben; darum möge es gestattet sein, daß an dieser Stelle eine besorgte deutsche Stimme um Gehör bittet.

Marion Gräfin Dönhoff

Reaktivierung der KP-Internationale

Das Wiener Kongreßfeber weltkommunistischer «Tarn»-Organisationen

Ende Februar 1958 faßte eine Sitzung des Wiener Ministerrates zwei Beschlüsse, die zwar protokolliert wurden, jedoch erst auf

Umwegen zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangten. Daraufhin erhoben führende Presseorgane, repräsentative Vereinigungen, breite Bevölkerungskreise scharfen Protest — weniger gegen die förmliche Verletzung demokratischer Gepflogenheiten, sondern

vielmehr gegen den Inhalt dieser beiden Kabinettsentscheidungen. Österreichs Bundesregierung hatte ein offizielles Ansuchen des «Weltbundes Demokratischer Jugend» (WBDJ) zur Abhaltung der VII. Weltjugendfestspiele, Ende Juli 1959 in Wien, genehmigt. Gleichzeitig erhielt das sogenannte «Internationale Institut für den Frieden» die Erlaubnis zur Durchführung eines Wiener «Weltkongresses der Völker» im Herbst 1958. Ferner hatte sich das Gerücht verdichtet, wonach die «Internationale Demokratische Frauen-Föderation» (IDFF) ihren IV. Weltkongreß vom 1.—5. Juni d. J. ebenfalls in Wien abhalten werde.

Die zahlreichen Beschwerden aus der zu 95% antikommunistisch eingestellten Bevölkerung der Zweiten Republik veranlaßten den Ballhausplatz und den Magistrat der Gemeinde Wien, gleichlautende und beruhigende Versicherungen abzugeben. Keine der weltkommunistischen Großveranstaltungen könne mit einer Unterstützung österreichischer Behörden rechnen. Weder das Wiener Stadion, noch die neuerbaute Stadthalle, die Konzerthaus- oder Sophiensäle würden den weltkommunistischen Kongreßteilnehmern zur Verfügung stehen.

Inzwischen sind diese offiziellen Beschwichtigungsversuche widerlegt worden: Anfang Juni ging der IV. Weltkongreß der IDFF in den Sophiensälen der Bundeshauptstadt in Szene. Eine enorme Saalmiete der kommunistischen Organisatoren hatte anscheinend die letzten Bedenken verantwortlicher Demokraten Wiens zerstreut.

An einer Konferenz der «Internationalen Vorbereitungskommission des WBDJ» (24. bis 25. Juni d. J.) erläuterte deren Vorsitzender, Generalsekretär der «Sozialistischen Jugend Italiens», Balzamo, vor in- und ausländischen Pressevertretern das Vorhaben des kommunistischen Weltjugendfestivals 1959 in der Donaumetropole. Die Zahl der mehr oder minder jugendlichen Festspielteilnehmer wurde von ihm mit 15 000—17 000 veranschlagt. Das Wiener Zentralorgan der Kommunistischen Partei

Österreichs (KPÖ), die «Österreichische Volksstimme», berichtete am 27. Juni d. J. nicht ohne Grund: «Balzamo dankte auch der österreichischen Regierung und den Wiener Behörden für ihr verständnisvolles Entgegenkommen bei den Vorbereitungen der Festspiele». Inzwischen sind Vorverträge über die Benützung des Stadions, der neuen Stadthalle und der Konzerthausssäle unterzeichnet worden.

Internationalisierung der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ)

Getarnte weltkommunistische Massendemonstrationen auf Wiener Boden bedeuten für die KPÖ einen prestigemäßigen und finanziellen Auftrieb. Hat doch erst unlängst ein hoher volksdemokratischer Funktionär diese österreichische Zwergpartei mit den Worten charakterisiert: «Die KPÖ schrumpft von Tag zu Tag wie ein Kaktus ein!» Zur Zeit herrscht in den sonst gähnend leeren Wiener Parteibüros hektische Betriebsamkeit einer fast unübersehbaren Anzahl österreichischer und ausländischer Sonderbeauftragter, die mit der Organisation bevorstehender Weltkongresse betraut sind. Der Grad hauptamtlicher Vollbeschäftigung für die Wiener KPÖ-Mitglieder bestätigt einmal mehr, daß diese nicht nur ausschließlich für, sondern auch von der kommunistischen Internationale leben.

Doch ergibt sich die «Internationalisierung» der KPÖ keineswegs nur aus zufälligen Vorbereitungsarbeiten für kryptokommunistische Konferenzen. Eine beträchtliche Zahl österreichischer Parteiintellektueller arbeitet in ausländischen Zentralstellen der kommunistischen Weltorganisationen. Überdies hat sich seit etwa Jahresfrist ein engeres Dreiecksverhältnis zwischen der KPÖ, der «Sozialistischen Einheitspartei» (SED) der Ostzone und der KP Frankreichs ergeben. Es ist nicht zuviel behauptet, wenn man die KPÖ-Führung, den Österreichischen Friedensrat usw. als finanzielle und ideelle Beiboote der SED bezeichnet. Gegen beträcht-

liche Geldmittel aus Berlin-Pankow stellen österreichische KP-Funktionärskader Agenten, Kuriere, Agitprops für die illegale Wühlarbeit der verbotenen KPD in der benachbarten Deutschen Bundesrepublik. Selbst die neuerbaute kommunistische «Globus»-Druckerei im 20. Wiener Gemeindebezirk kann ihre seit April d. J. einsetzende Vollbeschäftigung Druckaufträgen der SED verdanken.

ESTATE-GmbH — eine echte Tarnorganisation

In einem früheren Bericht (Schweizer Monatshefte, Dez. 1954, S. 598 u. ff.) wurde auf die Gründung der im Wiener Handelsregister eingetragenen ESTATE-Kongreß-Organisation GmbH, Wien IV, Brahmplatz 8, hingewiesen, deren Aufgabe in der Veranstaltung und Betreuung von Kongressen aller Art besteht. Diese Wiener Firma hat inzwischen nicht nur ein Netz von Zweigniederlassungen in alle Weltteile gespannt, sondern auch einen ausgezeichneten Stab von Simultandolmetschern selbst für die ausgefallensten Sprachen geschaffen. Bemerkenswert dürfte sein, daß zahlreiche Mitglieder dieses Dolmetscherstabes auch für westliche Kongresse verpflichtet werden. Nach knapp vierjähriger Geschäftstätigkeit muß man der ESTATE GmbH zugestehen, daß sie sich zu der wohl einzigen echten Tarnorganisation im Weltmaßstab entwickelt und glänzende Proben ihrer Zweckbestimmung abgelegt hat.

Die ESTATE GmbH ist Eigentümerin der Häuser Wien IV, Möllwaldplatz 3, 4 und 5. Im Haus Nr. 5 ist das «Internationale Institut für den Frieden» in den ehemaligen Räumen des «Weltfriedensrates» (WFR) untergebracht. Sogar ehemalige ausländische Amtswalter des WFR, die nach Auflösung der Wiener WFR-Zentrale als unerwünschte Gäste aus Österreich ausgewiesen wurden, sind inzwischen legal, unauffällig und bescheiden an ihren früheren Arbeitsplatz zurückgekehrt.

Weltgewerkschaftsbund (WGB) — die eigentliche «Sturmtruppe»

Die Halbjahresbilanz 1958 der kommunistischen Internationale gestattet folgende Feststellungen:

1. Seit Jahresbeginn steht die Bereinigung innerparteilicher Differenzen zwischen «orthodoxen» und «revisionistischen» Führungs-Gruppen im Vordergrund. Im Juli d. J. etwa war der ideologische Kompaß des Kremls neuerdings auf «harten» Kurs gestellt. Es scheint, daß es den «Stalinisten» zunächst gelungen ist, die meisten kommunistischen Parteiführungen westlicher Länder — aber auch Chinas und der Satellitenstaaten — wieder unter gestraffte zentralistische Obhut zu bringen. Die blockinterne Säuberungskampagne gegen «Revisionisten» und «Reformisten» mußte ohne Rücksicht auf das weltdemokratische Echo radikal durchgeführt werden, um der akuten Führungs- und Sozialkrise des Sowjetimperiums Herr zu werden. Regionale Treffen europäischer KP-Stäbe bereiteten bis Mitte März d. J. die Prager Konferenz der «linken» Partei-Internationale vor. Dieser Putschversuch der Opposition in der KP der Sowjetunion (KPdSU) gegen Chruschtschew scheiterte damals, weil der neue Kreml-Herrscher über die Mehrheit des ZK verfügte und mit blitzschnellen Gegenmanövern antwortete. Seither hat der jetzige Konflikt zwischen dem Ostblock und Belgrad die Stellung der «Linken» gefestigt, außerdem erstmalig zwischen Moskau und Peking einen «Wettstreit um die ideologische Priorität» offenbart.

Fraglos beeinträchtigt der Führungsstreit im «sozialistischen Weltlager» z. T. auch das zielstrebige Vorgehen der kryptokommunistischen Tarn- und Scheinorganisationen. Doch war mit dem Sputnik-Start die beherrschende Parole «Atomtod» und «Gegen Raketenbasen in Westeuropa» gegeben; sie konnte, unbeeinträchtigt von der wechselnden Geneigtheit Moskaus zu Gipfelkonferenzen, kolportiert werden.

Über die bleibende Rolle der «Weltbünde» für alle möglichen Berufs- und Gesellschaftsschichten gegenüber dem Westen dürfte kein Zweifel bestehen. Ihre Unterschätzung durch die Demokratie als Partisanen-Schleier bolschewistischer Umsturzpläne spielt den sowjetischen Strategen jedenfalls die größten Trümpfe in die Hand. Gegenwärtig werden die WFR-Organisationen durch neue bewährte Kaderfunktionäre auf Kriegsfuß gesetzt. Der WGB behauptet aber nach wie vor den Vorrang unter den naiven und koexistenzialistischen Lärmmachern sämtlicher übriger KP-Internationalen. Bei ernsthaften Aktionen verläßt sich Moskau auf die Schlagkraft und Diversion der Ländergewerkschaften und Fachverbände des WGB sowie auf gutgeschulte Aktionsgruppen innerhalb demokratischer Gewerkschaftsorganisationen. Nicht von ungefähr hat sich Chruschtschew die Unterstützung des Chefs der Sowjetgewerkschaften, Grischin, gesichert. Innerhalb der UdSSR hält Grischin seinem Parteichef die «stalinistische» Fronde der Sowjetgewerkschaften vom Leib und beeinflußt den «Kurs» des WGB wesentlich.

Wenn man die gravitierende Bedeutung des WGB für entscheidende Zielsetzungen der KP-Internationale auch nur streift, wird man z. B. nicht vergessen dürfen, daß die «Atomtod»-Propaganda in der Deutschen Bundesrepublik und anderen westlichen Ländern überwiegend auf interne Beschlüsse des Leipziger WGB-Weltkongresses im September 1957 zurückgeht. Im Frühjahr d. J. wurde auf internationaler Partei- und Gewerkschaftsebene ein neuer Sonderausschuß «Deutschland» gebildet, der im Rahmen der «Atomtod»-Einheitsfront die Agitation gegen die Kernbewaffnung der deutschen Bundeswehr und für eine atomfreie Zone Mitteleuropas zentral leitet.

Im übrigen verzeichnen gerade die wichtigsten kryptokommunistischen Weltbünde mit der breitesten Organisationsbasis — trotz straffer Fernlenkung Moskaus — immer wieder interne Spannungen unter ihren

Spitzenfunktionären und innerhalb der «nationalen» Vertretungen der obersten Gremien. So beschloß z. B. der vorjährige Leipziger Weltkongreß des WGB die Gründung neuer «Sonderkommissionen», um den Zentralismus der Prager Führungsspitze zu stärken und die manchmal unangenehme «Mitsprache» der internationalen Fachorganisationen einzudämmen. Nach knapp zehnmonatiger Wirksamkeit mußte das WGB-Sekretariat diese Sonderkommissionen unter dem Druck der fachgewerkschaftlichen Verbände (IGV) faktisch wieder auflösen.

Prinzipiell ist hinsichtlich der organisatorischen Struktur der Leitungsausschüsse in den KP-Internationalen festzuhalten: einschließlich des WGB und des «Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe» (COMECON) setzen sich die internationalen Führungsgremien aus hypertrophischen «Räten» und Zentralausschüssen zusammen, die keine Möglichkeit und Befugnis zu einer echten Entscheidung besitzen. Dagegen bilden sorgfältig gesiebte Sekretariate die effektiven und ausschlaggebenden Durchführungsorgane der eigentlichen Befehlsstellen in der Auslandsabteilung der KPdSU. (Leiter: Pomarew). Außerdem unterhält der Kreml am jeweiligen Zentralsitz seiner Weltorganisationen allgewaltige *Sonderbeauftragte*, die offiziell selten in Erscheinung treten, sowie geheime Verbindungsleute. Selbst die KP-Hierarchien der Ostblockländer werden von «grauen (roten) Eminenzen» der KPdSU unmittelbar überwacht. In entscheidenden Fällen beschränkt sich der Kreml schließlich auf eine persönliche Befehlsausgabe an die ZK-Sekretäre und Ministerpräsidenten der Ostblockländer, ohne sich um die Zuständigkeitsbereiche der internationalen Organisationen zu scheren.

KP-Offensive in den Entwicklungsländern

Soziale Unrast in den Ostblockländern und der sich versteifende ostgewerkschaftliche Anspruch auf «Mitbestimmung» böte den

kommunistischen Gewerkschaftschiefs ausreichende Betätigung, um soziale Forderungen innerhalb des Rubelblocks durchzusetzen. Parteidiktatur und Staatskapitalismus vereiteln jedoch wirksame sozialetische Anwendungen innerhalb des «sozialistischen Lagers». Aber auch die Anmeldung lohnpolitischer Forderungen durch den WGB gegenüber dem «kapitalistischen» Westen erschließen heute dem weltkommunistischen «Erlösungsdrang» kein entsprechendes Ausweichgleise. Allem agitatorischen Wunschdenken zum Trotz bleibt nämlich eine demokratische Weltwirtschaftskrise im Stil der dreißiger Jahre aus. Das hat die WGB-Zentrale inzwischen durchaus erkannt.

So nimmt es nicht wunder, wenn die eigentliche Sturmtruppe der bolschewistischen Weltrevolte, der WGB, seine Offensive schwerpunktmäßig gegen die unausgereifte Staats- und Gesellschaftsordnung überseeischer Entwicklungsgebiete verlagert hat. Nationalistische und soziale Revolutionen in Übersee sollten die fortschrittliche Weltdemokratie isolieren und «einkreisen».

Einige Beschlüsse der 17. Tagung des Exekutivkomitees des WGB in Budapest (30. März bis 2. April d. J.) waren für diese weltkommunistische Stoßrichtung auf ein Fernziel kennzeichnend. So beschloß die Budapester Exekutiv-Tagung:

1. Die Johannesburger Entschließung nichteuropäischer Delegierter vom 16. März d. J., die den passiven Widerstand gegen die Rassentrennung vorsieht, wird mit allen politischen und sozialen Druckmitteln der WGB-Organisationen unterstützt. Maximale Sofort-Forderungen sollen das Klima für Generalstreiks und Umsturzversuche vorbereiten.

2. Der WGB koordiniert sein Aktionsprogramm mit jenem des «Internationalen Bundes der Arabischen Gewerkschaften» und unterstützt vorbehaltlos einige neugegründete «Freiheitsbewegungen» des afrikanischen Kontinents, deren Initianten wohl in Moskau sitzen.

3. Der WGB vermehrt und «dezentralisiert» seine Kopfstellen in den Überseegebieten, um die kommunistische Infiltration der Entwicklungsländer zu äufnen. Nebenbei will dieser Budapester Beschluß — über Betreiben sowjetischer Präsidialmitglieder des WGB — «anarcho-syndikalistische» Autarkiebestrebungen in Südamerika verhindern und Absichten des bisherigen Pekinger Regionalbüros des WGB zur ausschließlichen Beherrschung der übrigen Gewerkschaftsbünde in den Ländern des Fernen Ostens durchkreuzen.

Österreich — ein «zweites Finnland?»

Wir haben in der knappen Skizzierung weltkommunistischer Entwicklungstendenzen eingangs den Sonderfall Österreich herausgegriffen. Seit der Wiedererlangung der vollen Souveränität, am 15. Oktober 1955, entspricht eine demokratisch geprägte Neutralität dem einhelligen Willen des Bundesvolkes. In wichtigen welt- und staatspolitischen Entscheidungsfragen bekannte sich die volksparteilich-sozialistische Koalitionsregierung der Zweiten Republik bisher stets eindeutig zum Freiheits- und Ordnungsgedanken der Weltdemokratie.

Der junge, neutrale Status Österreichs verpflichtet nicht bloß zur Aufgeschlossenheit nach allen Seiten, sondern genießt auch ein weltweites Ansehen. Mit demokratischem Selbstbewußtsein gestatten die Bundesbehörden parteikommunistische Betätigung. Außerhalb des kommunistisch infiltrierten Erdölgebietes und bis auf Betriebsräte weniger Großbetriebe tritt die KPÖ auf der Stelle oder verzeichnet Einbußen.

Unsere Darstellung bezieht sich also nicht auf die große Politik in Österreich. Nichtsdestoweniger ist es Tatsache, daß bald nach dem Ende der Besatzungszeit die Wiener Weltzentralen des WGB und WFR — auf Grund eines erdrückenden Materials — ausgewiesen wurden. Sehen wir ab von der amtlichen Duldung eines nachlässig getarnten Nachfolgeinstitutes des WFR in

Wien, in das ausländische KP-Funktionäre zurückkehrten, gegen die seinerzeit fremdenpolizeiliche Aufenthaltsverbote erlassen wurden. Diese Nachsicht mag irgend einer Staatsräson entspringen. Unwahrscheinlich dünkt es aber, wenn gleich mehrere der ausgewiesenen und unerwünschten KP-Organisationen, dank ministerieller Kongreßgenehmigung, durch die Hintertüre neuerdings ihren Einzug in Österreich halten und die ehemalige Kaiserstadt als Startbahn für weltkommunistische Wühlarbeit und «Aufweichung» mißbrauchen können.

Nach der Befreiung Österreichs von der vierfachen alliierten Besatzung wünschten selbst unverdächtige Freunde, die wiedererlangte Souveränität Österreichs möge sich

neutral und vermittelnd als ein «zweites Finnland» auswirken. Nun zeigt gerade der finnländische jüngste Wahlgang im Juli d. J., daß es Gefahren einer neutralen Verständigungspolitik gibt, die dann akut werden, wenn demokratische Staatsmänner und Politiker auf irgendeinem «Nebengeleise» Neutralität mit Neutralismus und gebotene Koexistenzpolitik mit Koexistenzialismus verwechseln.

Der revolutionäre Weltkommunismus kann heute keine Frontalangriffe wagen. Er sucht «undichte» Stellen, bevorzugt Umgehungsmanöver und eine Überrumpelung der Freien Welt durch Hintertüren. Es gilt nun, diese Hintertüren fest verriegelt zu halten und vorsorglich zu bewachen.

Amerika im Fluge

Föderalismus — geistig und geographisch

«The Organisation Man» von William Whyte? . . . Nein, nie davon gehört», sagte ein junger, intelligenter Direktionsassistent, die rechte Hand des Präsidenten der «Westinghouse Corporation», gleichsam ein Prachtsexemplar jener neuartigen «Organisationsmänner», jener Leute, die nicht nur in den großen privaten und staatlichen Verwaltungsapparaten arbeiten, sondern auch innerlich zu ihnen gehören und deren Eigenheiten — Konformismus, Sicherheitssehnsucht, Teamentalität — William Whyte, der Redaktor des Geschäftswelt-Magazins «Fortune» in einer geistvollen Analyse seziiert hat. Neugierig geworden, benutzte ich Whyte und seine Vorgänger David Riesman, Wright Mill — jene amerikanischen Kulturkritiker also, die längst die Taschenbuchebene und die Bücherbretter der europäischen Intellektuellen erreicht oder passiert haben — als Angelhaken. Das Ergebnis war bemerkenswert. In Chicago wie Detroit, in Pittsburgh wie San Francisco wußten die meisten der getesteten «Organisationsmän-

ner» nichts von diesen Spiegeln, die ihnen im Laufe der letzten Jahre von amerikanischen Intellektuellen vorgehalten worden sind. Das will nichts über Wert und Unwert dieser soziologischen Literatur sagen, die allerdings das jüngste Amerikabild der Europäer mitgeformt hat — es deutet jedoch das eigenartig ironielose, unreflexive Verhältnis an, das zwischen «Eggheads» und den sogenannten «Männern im grauen Flanellanzug» besteht. Die intellektuelle Hefe gärt, sie durchsetzt aber kaum den Teig. Vance Packard, dessen Darstellung moderner tiefenpsychologischer Reklamemethoden, «The Hidden Persuaders», auf die europäischen Kritiker als Skandalon gewirkt hat, ist drüben von Geschäftsleuten angegangen worden, die diese «interessanten» Methoden anzuwenden gedachten. Packard wollte eine heilsame, bloßstellende Satire schreiben, und er erreichte das Gegenteil: Die Motivforschung hat einen beachtlichen Aufschwung genommen. Noch aufschlußreicher ist, was William Whyte mit einem im «Fortune» veröffentlichten Artikel erlebte, in dem er die grausliche Idee einer «Universalkartei» für

jeden Amerikaner entwickelte, in die alle persönlichen Daten eingetragen werden würden und die den Registrierten auf seinem weiteren Lebensweg nicht mehr verlassen sollte. In einer Fußnote war dieser Artikel als ein Scherz bezeichnet worden — «unglücklicherweise jedoch», erzählte Whyte, «haben viele, die ihn wörtlich genommen haben, das für eine ausgezeichnete Idee gehalten, und die Wirkung des Artikels war, daß er zum Handeln anspornte. Der Präsident der größten statistischen Firma des Landes rief mich in großer Erregung an, um herauszufinden, ob etwa irgendjemand schon mit dieser zentralen Erfassungsorganisation begonnen habe. Er sagte, das sei so eine Idee, bei der man sich ärgere, wenn man nicht selbst darauf komme.» Nicht genug damit, die Nachtmar des Intellektuellen hinkte der Wirklichkeit nach: «Western Electric» hatte ein ähnliches Karteisystem, wenn auch noch nicht so perfekt, bereits in Betrieb. So lange dieser geistige Föderalismus hält, so lange es möglich ist, daß eine Idee als solche und ohne Einsicht in ihre makabre, gefährliche Konsequenz begrüßt wird, sind die Kulturpessimisten im Unrecht, hat die amerikanische Zukunft noch nicht begonnen, ist der befürchtete Seeleningenieur noch nicht möglich.

Das Fehlen der Ironie zeitigt gelegentlich bewundernswerte Resultate. Im Keller der New Yorker Columbia Universität, hinter einer Glastüre mit der Aufschrift «Abteilung für mündliche Geschichte», ist man seit zehn Jahren mit einem bedeutsamen, in Europa fast unbekanntem Projekt moderner Geschichtsschreibung beschäftigt. Zwei Privatdozenten aus dem Stabe des Historikers Allan Nevins haben bedeutende Amerikaner bewogen, ihre Autobiographien, die sonst aus Zeitmangel vielleicht niemals zu Papier gebracht worden wären, auf Tonband zu sprechen. Zwischen 300 bis 400 Politiker, Richter, Diplomaten, Gewerkschaftsführer, Künstler, Kongreßleute, sind in jeweils 25 bis 30 Sitzungen über ihre Jugendzeit, über wichtige Entscheidungen und Stationen

ihrer Laufbahn interviewt worden. Diese Tonbänder, deren Nachschriften mehrere Wandschränke füllen, bilden heute ein Archiv, ohne das, wie gesagt wird, moderne amerikanische Geschichte nicht mehr geschrieben werden könne. Die Fragemethode, die angewandt wird, hat sich im Laufe der Jahre verfeinert, und heute schon lasse sich als Konsequenz dieser Arbeit voraussehen, so sagte man mir, daß in spätestens 20 Jahren jeder Historiker gleichzeitig Psychoanalytiker sein müsse. An den Interviews, die mir vorgespielt wurden, fiel nun auf, wie unvoreingenommen, freimütig die Fragen beantwortet wurden, man sich enthüllte, oder auch in absichtlich gelegte Fallen stolperte — zu Opfern der «Eggheads» wurde, wie das in Europa vielleicht nicht möglich wäre.

Diesem geistigen Föderalismus entspricht auf der anderen Seite ein geographischer, und vielleicht sind es die Tausend Gesichter dieses Kontinents, in dem es keinen nützlichen Reiseführer zu kaufen gibt, und in dem jede Stadt, jeder Staat sich mit gesundem Stolz in seiner offiziellen Informationsliteratur als Nabel der Vereinigten Staaten darstellt, die jeden Amerikareisenden meinen lassen, er müsse dem Christoph Kolumbus nacheifern und Amerika erneut entdecken. Vielleicht ist es diese menschliche und landschaftliche Weite, durch die jedes Vorurteil in Frage gestellt, jede versuchte Verallgemeinerung sogleich zertrümmert wird, die oftmals dazu verleitet, die individualisierenden Strukturen zu übersehen und dafür die uniformierenden zu betonen — von einer «allgemeinen Gleichheit der Bedingungen» auszugehen, mit der schon Alexis de Tocqueville sein Rasonieren über Amerika begann, und die trotzdem selbst in den 118 Jahren, die seit jener berühmten Amerikaspekulation verstrichen sind, den Kontinent nicht zu bändigen vermochte.

Geschichtsmontage

In Kniehöhe hantierte er mit einer altmodischen Pressekamera, als sich der gelb-grüne

Dampfer auf den bräunlichen Potomac hinausschob. Über die Frage, welche Blende anzuwenden sei, um die vor Anker liegende Mayflower II, die blühenden Kirschbäume und die Magnolienstauden am Uferweg, die weißen Regierungstempel Washingtons im Hintergrund auf die Platte zu bannen, kamen wir ins Gespräch. «Meet my wife.» Händeschütteln. «Meet my daughter.» Händeschütteln. «Meet my son-in-law and my grandchild.» Sein Hut saß tief in der Stirn, und die Worte tröpfelten langsam und leise aus seinem Mund. Aus einem Städtchen in South Carolina war dieser Besitzer einer kleinen Zeitungsdruckerei mit seiner Familie zum ersten Male nach Washington gekommen, dem amerikanischen Nervenzentrum, in dem die 350 000 Staatsdiener und deren Diener so eng beieinander leben, daß die Stadt nur für die Verwaltung zu leben scheint. Washington ist repräsentativ — abhold allen Modernismen, klassisch in der Architektur, gelassen in der Alltagsbewältigung, großzügig in der Anlage, die vor anderthalb Jahrhunderten konzipiert worden ist und auch heute noch beeindruckt. Und auch diese Familie aus South-Carolina bestätigte die Ansicht des englischen Diplomaten James Bryce, daß Washington «eine Stadt ist, die jeder, komme er aus Maine, Texas, Florida, Arkansas oder Oregon, als etwas bewundern kann, das herrlicher und noch schöner ist, als er sich jemals erträumt hatte; etwas, das ihn noch stolzer werden läßt, ein Amerikaner zu sein».

Der Dampfer schob sich an den sanften Grünhängen Virginias vorbei, den Fluß hinauf, nach Mount Vernon, dem Haus George Washingtons. Nicht nur das Sternenbanner und der Polizist am Landungssteg und dann die Polizisten auf den Rasenflächen vor dem ersten «Weißen Haus», auf denen niemand rauchen, niemand sich niederlassen darf, erinnern daran, daß es eine historische Stätte, fast so etwas wie ein heiliger, nationaler Schrein ist. Beim Anmarsch von der Anlagestelle aus sieht das Wohnhaus des ersten Präsidenten, gegen den blauen Himmel abge-

hoben, wie ein solides englisches Landhaus aus. Schaut man es aus der Nähe an, ist es ein weißgestrichenes Holzhaus, einfach, schlicht, würdig und wie eine Variante der Blockhütte. Auf den Stühlen vor der Veranda sitzen Touristen und genießen den Blick auf die umliegenden Wiesen und den tief unten sich hinschlängelnden Potomac. Im Treppenaufgang hängt in einem Glaskasten ein alter Schlüssel. Darunter steht: «Schlüssel der Bastille. Hauptschlüssel zum Fort der Despotie. 1790 geschenkt vom Marquis von Lafayette.» Im Gesindehaus stehen Teller auf dem Tisch, auf denen Lebensmittelattrappen liegen. Im Kühlraum hängt eine halbgerupfte Fasanenattrappe. Auf einen anderen Tisch sind Spielkarten hingeworfen worden, als ob dieses weiträumige Gutshaus erst vorhin historisch geworden wäre. Vor dem Grabmahl George Washingtons halten das Sternenbanner und ein Polizist Wache, und der Eindruck ist: Nüchternheit, Sachlichkeit, Feierlichkeit — es fehlt das «Modrige» historischer Gedenkstätten. Am Ausgang kann man neben Souvenirs auch Blumensamen und Topfpflanzen kaufen — etwas Lebendiges, auf dem Mount Vernon Gewachsenes mit nach Hause nehmen. Diese George-Washington-Gedenkstätte — eine der bedeutenden historischen Erinnerungsstätten in den Vereinigten Staaten — ist von Privaten, von der «Mount Vernon Ladies Association», restauriert worden, und diese Organisation, die heute das Grundstück ehrenamtlich unterhält, ist, wie meine Begleiter betonen, von einer Miß Cunningham aus South-Carolina gegründet worden.

Den Anteil amerikanischer Frauen bei der Pflege des intensiven amerikanischen Geschichtsgefühls — das andernorts, in lehrreicher Form im Detroiter Henry-Ford-Museum, in amüsanter Form in Disneyland bei Los Angeles, zur Geschichtsmontage führt — ließ ein Abstecher bei den «Töchtern der amerikanischen Revolution» ahnen. Ein amerikanischer Journalist lachte schallend, als ich erwähnte, in den in Washington tagenden Jahreskongreß der «Töchter» ein-

mal hineinschauen zu wollen. In Arkansas, seiner Heimat, erzählte der Zeitungsmann, lache jeder über die patriotischen «Töchter», und doch könne es sich seine Zeitung nicht leisten, irgendetwas gegen die «Töchter» zu schreiben. Jedes Frühjahr, zur Kirschbaumblütenzeit, strömen die «Töchter» nach Washington, in ihre «Convention Hall». Diese Frauenorganisation — einer von etwa zwei Dutzend konservativen und patriotischen «Töchter»-Vereinen — ist 1890 gegründet worden, und ihre 184 000 Mitglieder müssen wenigstens einen Ahnen haben, der «der Sache der amerikanischen Unabhängigkeit zwischen 1775 und 1783 seine Hilfe geschenkt hat». Die «Töchter» haben dezidierte politische Ansichten: sie ereifern sich gegen die Vereinten Nationen, gegen die Demokraten, für einen konservativen Isolationismus, und sie gehen in ihrem erbitterten Kampf gegen den Bolschewismus so weit, daß sie, wie an diesem Washingtoner Kongreß, in der Reinigung des Trinkwassers von Staats wegen eine Form der indirekten Sozialisierung und damit des schleichenden Kommunismus erkennen.

Ein Besuch in der «Convention Hall» ist unvergeßlich. Die «Töchter», die über den fehlenden Nachwuchs für ihre Organisation klagen, sind durchwegs reiferen Alters. An ihren schickten, aber betont fraulich geschnittenen Kleidern prangen Orchideen, zwei, drei oder noch mehr. Vorbei an einer genealogischen Bibliothek, einer der umfassendsten des Landes, mit der die «Töchter» Ahnenforschung treiben, gelangt man in den Sitzungssaal, in dem unter einem funkelnden «Sternendach» etwa 4000 «Töchter» sitzen; die juwelenbesetzten Brillen und Armbänder glitzern und gleißen. Von einem blumengeschmückten Podium herab, das von den Fahnen der 48 Staaten flankiert wird, bedankt sich gerade ein Abgesandter Walt Disneys, der einzige Mann im weiten Rund, für einen Filmpreis, den die «Töchter» verliehen haben. Aus der Dankadresse aus Hollywood bleibt der Satz im Gedächtnis: «Wir wollen mit unseren Trickfilmen den Patriotismus in

jedes Haus tragen, im Herzen beginnt der Patriotismus...», und als der Redner gesteht, was für eine Freude es für ihn sei, vor 4000 der schönsten Frauen der Welt sprechen zu dürfen, huscht eine Welle des Entzückens durch die Reihen. Zu Harfenklängen und von Ehrenjungfrauen mit blauen Schärpen begleitet, schreiten dann einzelne Töchter in historischen Gewändern aufs Podium, und dem Beobachter geht der Gedanke durch den Kopf, daß die Vereinigten Staaten im Grunde genommen eine matriarchalische Gesellschaft seien, und daß diese «Töchter» aus ganz Amerika gleichsam der absolute Gegensatz zur überpublizierten Promiskuität von Hollywood sind.

Die Bürger von Pittsburgh

Harry B. Higgins, Direktor der «Pittsburgher Glasplatten-Gesellschaft», zeichnete ein Dreieck auf die Papierserviette. Es sollte das «Goldene Dreieck» darstellen, Pittsburghs Geschäfts- und Industriezentrum, dessen zwei abgrenzende Seiten von den Flüssen Allegheny und Monongahela gebildet werden, die bei Pittsburgh zusammenfließen. Früher hatte dieses «Goldene Dreieck» ein Steueraufkommen von 4 Millionen Dollar. Heute wirft es 27 Millionen ab. Früher — das heißt, vor einem Dutzend Jahren. In dieser Zeitspanne hat sich die wundersame Renaissance der Stahlstadt Pittsburgh ereignet. Die Stadt kämpfte gegen den Rauch, die Flüsse, die Slums an, und sie gewann, von einer Art Autosuggestion gepackt. Der Bürgerstolz erwachte, schwoll an, von den Erfolgen angestachelt, und wird heutzutage geradezu als eine Art Exportartikel angesehen. «Wir, als Firma, fühlen uns als Bürger dieser Stadt, wir fühlen, daß wir etwas für die Gemeinschaft tun müssen», erzählt Mr. Higgins. «Sehen Sie, dort sitzt ‚König David‘, der dieses Wunder in Pittsburgh zustandegebracht hat.» Mit stahlblauen Augen hinter einer randlosen Brille in einem kantigen, feingeschnittenen Gesicht, sitzt an

einem Nebentisch Pittsburghs 68jähriger Bürgermeister David Lawrence, der soeben zum vierten Male ins Amt gewählt worden ist, und den die Pittsburgher liebevoll den «König David» nennen.

Die Mellon-Familie, deren Name mit Pittsburgh so unlösbar verknüpft ist wie mit Stahl, wollte dem Schmutz, der Sonnenlosigkeit, dem Rauch, für die Pittsburgh fast zu einem Synonym geworden war, den Garaus machen. Und sie fand in David Lawrence einen eifervollen Verbündeten. Die Stahlstadt sollte zu einem Ort werden, an dem man nicht nur Geld verdient, sondern Geld verdienen und auch leben kann. Man startete einen gut durchorganisierten Feldzug gegen den Rauch — mit Hilfe der Wissenschaftler des Mellon-Institutes und mit Hilfe der Gesetzgebungsmaschine von Washington. Manklärte die Bürger und die Industrie auf, appellierte an ihre lokalpatriotischen Gefühle und führte schließlich Gesetze ein, durch die das Verbrennen raucherzeugenden Brennstoffes bei Strafe verboten worden ist. Es gab einige Opposition. Von den Wäschereien und den chemischen Reinigungen, die von einem sauberen Pittsburgh nichts weiter als einen Einnahmenrückgang befürchteten. Mit Recht. Denn heute hat Pittsburgh 60 Prozent mehr Sonnenschein als früher und die weißen Hemden müssen nicht mehr bereits nach einigen Stunden gewechselt werden.

Als der Bürgersinn gegen Rauch und Schmutz aufgestanden war, ging man an die Regulierung der Stromläufe, die in den dreißiger Jahren gelegentlich das Geschäftsviertel überspült hatten. Als das geschehen war und gleichzeitig ein hochmodernes Fernstraßennetz angelegt worden war, ging man schließlich daran, ein neues Pittsburgh zu bauen. Die zweistöckigen Häuser wurden abgeris-

sen, die Slums, die ungezählten «tobacco roads», und an ihre Stelle trat ein «schöneres, saubereres, moderneres Pittsburgh», aus Hochhäusern und Grünanlagen, jenes «Goldene Dreieck», das sozusagen ein kleines Manhattan ist. Die Geschwindigkeit, mit der die Abbruchunternehmer, von keinen antiquarischen Überlegungen gehemmt, zu Werk gingen, ist phantastisch. Wo heute der 30-stöckige Aluminium-Wolkenkratzer der Alcoa-Gesellschaft in den Himmel ragt, stand 1950 ein Theater. Am Abend, als der Vorhang über der letzten Vorstellung niedergegangen war, wurden die Stuhlreihen hinausgetragen und mit dem Abbruch begonnen. Die Gewißheit, mit der in die Zukunft geschaut, der Stolz, mit dem auf das Geleistete geblickt wird, sind so groß, daß die Pittsburgher sich nicht scheuen, ihre Besucher in die noch vorhandenen Slumgebiete zu führen. Hier, sagen sie, mit einer großzügigen Geste über ein weitflächiges Elendsgebiet weisend, werden demnächst neue Häuser stehen — und man glaubt es.

«Wenn ich ins Ausland fahre, so werde ich immer wieder gefragt, wie wir dieses Wunder zustandegracht haben», erzählt Bürgermeister Lawrence, und er meint, daß sich aus der Pittsburgh-Geschichte zwei allgemeingültige Grundsätze ableiten ließen. Zunächst müsse es einen Kernpunkt der städtischen Macht geben. Dann dürfe niemand diese Macht für persönliche Zwecke mißbrauchen. Wenn diese Bedingungen erfüllt seien, sei eine städtische Renaissance möglich — eine Renaissance, die die Pittsburgher ohne Scheu mit der europäischen Renaissance des 15. Jahrhunderts in Verbindung setzen.

Alfred Schüler

(Schluß folgt)

Diskussion um Atomwaffen

«Die Nuklearwaffen haben nicht allein durch ihre weitreichende und vielfältige materielle Wirkung umwälzende Neuerungen auf dem Gebiet der Kriegführung zur Folge, sondern es ist ihnen noch eine andere, ebenso wichtige Besonderheit eigen, die kein einziges der konventionellen Kampfmittel besitzt: sie wirken schon im Frieden, also vor ihrer praktischen Anwendung, indem sie weiterhin in der Welt psychologische Reaktionen und damit Geistesverwirrung hervorrufen. Diese Waffen gehören somit zu den wichtigsten Kampfmitteln des Kalten Krieges¹.»

Beschwörende Aufrufe einer Anzahl Atomphysiker und anderer Gelehrter wie *Albert Schweitzer* und *Bertrand Russell*, auf Atomwaffen zu verzichten, haben die westliche Welt tief beeindruckt. Sie haben aber auch eine gewisse Atompanik erzeugt und unter dem Schlagwort «*lieber rot als tot*» einen bedenklichen Defaitismus entfacht.

Trotzdem die Schweiz keine Atomwaffen besitzt und in nächster Zeit noch nicht in der Lage sein wird, sie zu erwerben oder herzustellen, ist die Diskussion um die Ausrüstung unserer Armee mit Atomwaffen seit einigen Monaten in ein akutes Stadium getreten. Eine vom bernischen Sanitätsdirektor und sozialdemokratischen Nationalrat *Giovanoli* präsidierte Konferenz schweizerischer Atomwaffengegner gab am 18. Mai die Absicht bekannt, durch eine Verfassungsinitiative die Einführung von Atomwaffen irgendwelcher Art durch die schweizerische Armee zu verhindern. Die Nachahmung des wesentlich innenpolitisch bedingten Kampfes in der Deutschen Bundesrepublik durch die schweizerische «Bewegung gegen den Atomtod» ist offensichtlich. Das erste taktische Ziel des Initiativkomitees war wohl die Gewinnung der offiziellen Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Da erfolgte am 10. Juni der Gegen-

schlag durch eine in der «Metall- und Uhren-Arbeiter-Zeitung» von 35 führenden Sozialdemokraten und Gewerkschaftern unterzeichnete Erklärung, die «sowohl kraft ihrer Argumentation als auch wegen ihrer Gesinnung zu den bedeutendsten politischen Dokumenten der Linken in der Nachkriegszeit gezählt werden darf²».

So sehr sich die 35 Unterzeichner um Prof. *Marbach* und Nationalrat *Arthur Steiner* für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung einsetzen und die Gewissensnöte verstehen, in die sich der christliche oder sonstwie humane Mensch heute verstrickt sieht, so deutlich distanzieren sie sich «von all den Versuchen des totalitären Ostblocks, durch Scheinheiligkeit und Furchterregung im freigesinnten Westen ein Vakuum in der Abwehrbereitschaft und Abwehrfähigkeit zu schaffen. Erst dieses Vakuum würde es den Unterdrückern Ungarns, Ostdeutschlands und der übrigen Satelliten ermöglichen, ihre schwere Hand auch auf die freigebliebenen Völker Europas und damit letzten Endes auf die ganze Welt zu legen». In der Bewegung gegen den Atomtod sehen die Unterzeichner einen Versuch zur Wehrlosmachung der freien Völker. Sie lehnen den Versuch, die Frage der Bewaffnung der schweizerischen Armee den eidgenössischen Räten zu entziehen und sie zum Gegenstand gefühlsmäßig unterbauter politischer Feldzüge zu machen, entschieden ab. «Erachtet man die Landesverteidigung weiterhin als nötig — und wir tun es —, dann ist es unsere Pflicht, dem Soldaten diejenigen Abwehrmittel in die Hand zu geben, ohne die er zum vorneherein sowohl psychologisch wie materiell verloren wäre. — Wir sind nicht bereit, jenen totalitären Kräften Handlangerdienste zu leisten, deren unverhüllte Absicht es seit langem ist, den Westen in lähmende Furcht und im Gefolge davon in die selbstmörderische Resignation zu treiben³.»

Die gegensätzliche Haltung führender

sozialdemokratischer Parlamentarier zwang den Parteipräsidenten, Nationalrat *Bringolf*, zur Erklärung, daß beide Richtungen ohne Kenntnis der Parteileitung oder des Parteivorstandes gehandelt hätten und ohne den maßgebenden Entscheid von Parteivorstand und Parteitag abzuwarten⁴. «Leider hat die Geschäftsleitung der SPS nicht unmittelbar nach den Beschlüssen des Giovanoli-Komitees so reagiert, wie es Nationalrat *Bringolf* jetzt getan hat. Es wäre einiges Porzellan beieinander geblieben», mußte selbst die Basler «Arbeiter-Zeitung» feststellen⁵. Am 21. Juni lehnte der *sozialdemokratische Parteivorstand* mit 44 gegen 5 Stimmen eine Unterstützung der angekündigten Verfassungsinitiative ab. Im übrigen wird die Frage der Atombewaffnung am 4./5. Oktober den außerordentlichen Parteitag in Luzern beschäftigen⁶. *Bringolf* hat die «Erklärung der 35» nicht unterzeichnet, doch hatte er schon am 8. Juni vor der Arbeitsgemeinschaft «Frau und Demokratie» in einem Vortrag klar Stellung bezogen: «Lieber zugrunde gehen, als ein fremdes Joch tragen», im Gegensatz zu *Frl. Prof. Woker* (Bern), die für Frieden um jeden Preis eintrat⁷.

Verhandlungen und Beschlußfassung der Geschäftsleitung und des Parteivorstandes vom 8./9. August zeigen, daß die Ansichten nach wie vor stark auseinandergehen. Es besteht aber die Gefahr, daß die Kreise der Gegner der Atomausrüstung an Einfluß zunehmen. Für die von *Arthur Schmid* beantragte vorbehaltlose Atomausrüstung fand sich keine Stimme. Der sehr gemäßigte Antrag *Bringolf*: Abwarten der Stellungnahme und allfälligen Antragstellung des Bundesrates — Vorbehalt, die militärische Neutralität der Schweiz in keiner Weise anzutasten (vom Bundesrat bereits in aller Form zugesichert) und die letzte Entscheidung in bejahendem Sinn dem Volk anheimzustellen (laut Art. 20 der Bundesverfassung ist die Bewaffnung der Armee Sache des Bundes), siegte gegenüber dem Antrag *Nägeli*: grundsätzliche Ablehnung der Beschaffung von Atomwaffen für die Armee, mit dem

äußerst knappen Mehr von 27 zu 26 Stimmen⁸. Der Artikel der NZZ «Auf der Waage» vertritt die Ansicht, daß sich die Stimmen pro und contra etwa die Waage halten und gibt der höchst berechtigten Hoffnung Ausdruck, die Waagschale der Vernunft möge sich als die schwerere erweisen⁹.

Ende Juni äußerte sich eine Reihe generischer Persönlichkeiten gegen die Einführung von Kernwaffen in das schweizerische Verteidigungssystem. Das höhere Interesse unserer nationalen Verteidigung fordere vielmehr eine verzehnfachte Beteiligung der Schweiz an der Rettung des Friedens¹⁰.

Die zahlreichen Gegner einer Atombewaffnung aus christlichen Motiven — die besonders auch an der basellandschaftlichen Synode zum Wort kamen — macht der hochangesehene Zürcher Theologe *Emil Brunner* darauf aufmerksam, ihre Argumentation und ihr Eifer könnten genau den Erfolg haben, den von ihnen so sehr und mit gutem Recht gefürchteten Atomkrieg zu verwirklichen. «Die notorisch eroberungssüchtige Diktatur wurde nur dadurch in Schach gehalten, daß ihrem ungeheuren Kriegspotential auf der andern Seite die Atomwaffe gegenüberstand. Dieser Zustand dauerte vom Ende des Weltkrieges bis zu dem Zeitpunkt, wo auch die Russen die Atomwaffe besaßen. Dieses Gleichgewicht ist allerneuestens dadurch gestört worden, daß sich Rußland der Welt als das Land der überlegenen Technik auf dem Gebiet der Herstellung interkontinentaler Raketenwaffen vorstellte. Als zweites gelang es den Russen, gewisse Volkskreise in Deutschland und England davon zu überzeugen, daß ihre Länder bei einem Atomkrieg die Verlierenden — mindestens die am schwersten Geschädigten — sein würden. Die dem Friedensstörer unserer Zeit einzig und allein imponierenden Kräfte der Balancierung — die faktische Rüstungsgleichheit und der einheitliche Abwehrwille — wurden infolgedessen fragwürdig.» — «Nichts aber ist für

den imperialistischen Diktator so verlockend wie ein Macht- und Wehrvakuum auf der andern Seite.» Wer darum die russischen Hoffnungen auf den europäischen Pazifismus bestärkt, «der macht sich schuldig, den Kriegsappetit der Diktatoren zu steigern. Je pazifistischer sich der europäische Westen benimmt, desto näher rückt die Möglichkeit eines atomaren Krieges. Das mögen sich die evangelischen Christen Deutschlands und Englands klar machen, bevor es zu spät ist. Der Krieg ist etwas Unchristliches, der Atomkrieg noch unvorstellbar mehr als alle früheren Kriege. Aber damit, daß wir ihn moralisch verdämmen, haben wir ihn noch nicht verhindert. Im Gegenteil: Da in Rußland keine pazifistischen Stimmen laut werden dürfen und dort im Ernstfall mit dem Pazifismus kurzer Prozeß gemacht wird, möge man doch einsehen, daß man sich mit der Propagierung des bedingungslosen Pazifismus zum Schrittmacher des skrupellosen Kriegswillens macht¹¹».

Die Schrift «Atomwaffen für die Schweiz?» von Pfarrer *Eduard Wildbolz* (Evangelischer Verlag AG, Zollikon) hat durch Oberstdivisionär *Uhlmann* eine sachliche und klare Widerlegung erfahren¹². Als Gegensatz zur Schrift Wildbolz' sei auf den stark beachteten, in der «Gegenwart» erschienenen Artikel des deutschen Pfarrers *Erwin Groß* verwiesen: «Der Atom Pazifismus und seine Theologie.» Am Schluß seiner Ausführungen finden sich die ausgezeichneten Sätze «Aus Angst vor der atomaren Vernichtung und um dieser Bedrohung zu entgehen, schließt er (der Atom Pazifismus) einen Burgfrieden mit dem Osten und seinem Kommunismus. Nach Abwendung der Gefahr einer völligen Vernichtung will er dem Kommunismus offen und heimlich den Kampf ansagen. Aber der Kommunismus wird als Sieger über die Welt die Kirche des Atom Pazifismus genau so gnadenlos beseitigen, wie es Hitler getan hätte. Die Kollaborateure auf Zeit werden nicht das Leben, sondern den Tod zu erwarten haben¹³».

Im gleichen Sinne wie Professor Brunner schrieb der katholisch-konservative Nationalrat *Wick*, neben der Russellschen Alternative: Atomkrieg oder Versklavung, gebe es noch einen dritten Weg: «In der Verteidigung atomstark sein, um einen Atomkrieg zu vermeiden, um einen potentiellen Gegner (im aktuellen Fall Sowjetrußland) von der Verwendung von Atomwaffen abzuschrecken. — Wird der Atomkrieg, auch als Verteidigungskrieg, aber radikal abgelehnt, dann ist der Westen auf Gedeih und Verderben der russischen Machtexpansion ausgeliefert. — Nichts ist ja für ein Diktaturregime verlockender als die Wehrlosigkeit oder das Wehrmanko auf der andern Seite. — Es gibt heute keine größere Kriegsgefahr als den unbedingten Pazifismus, den Willen, nicht zu kämpfen, wenn ein Angrieff erfolgt¹⁴.»

Max Schoch wies darauf hin, es heiße das Verhältnis von Ursache und Wirkung auf den Kopf stellen, wenn man in der Waffe die Wurzel des Krieges zu erkennen meine. Nicht die Atombombe mache den Atomkrieg. «Sie ist nicht das Subjekt, sondern das Instrument des Krieges. Die Atombombe kann Terror verbreiten, und sie kann Terror verhüten. Gerade darauf nun kommt es an, wozu sie dient. Die Atombombe, die Terror verbreitet, muß unwirksam gemacht werden. Gegen sie gibt es kein anderes Mittel als die Nuklearwaffen, die den Terror verhüten. Die politische Brauchbarkeit des Massenvernichtungsmittels liegt nämlich nicht in ihrer Anwendung, sondern primär in der Drohung, die ihr Vorhandensein darstellt. — Die Zukunft des Menschen hängt daran, wie er der Erpressung und dem Terror durch die Atombombe zu widerstehen vermag. Es ist die ungeheure Aufgabe der Gegenwart, diese Leistung zu vollbringen¹⁵.»

Wie löst die Schweiz diese Aufgabe? Eine Interpellation von Nationalrat *Gittermann* lädt den Bundesrat ein, über seine Auffassungen und Pläne auf dem Gebiet der Ausrüstung der Armee mit Atomwaffen Auskunft zu geben¹⁶. Anfang Juni setzte

sich der Generalstabschef vor der Schweizerischen Offiziersgesellschaft für die Beschaffung von Atomwaffen ein¹⁷. Anfang Juli verbot der *Bundesrat* die Durchführung eines europäischen Kongresses in Basel gegen die atomare Bewaffnung, dessen Ziel gewesen wäre, die Abgabe von Atomwaffen an Länder, welche diese noch nicht besitzen, zu verhindern. Diese Zielsetzung richtete sich somit auch gegen die Schweiz, was der Bundesrat als Versuch einer unzulässigen Einflußnahme auf unseren eigenen Entscheid betrachtete. «Der ganze Ton der Einladung und des Appells Russels zeigen, daß diese europäischen Intellektuellen wohl unbewußt den Sowjets gewaltige Dienste leisten. Dabei haben sie sich über schweizerische Belange hinweggesetzt, über die wir uns jede ausländische Einmischung verbeten. Als wehrhafter Kleinstaat hat die Schweiz ihre Wehrprobleme allein zu lösen¹⁸.»

Am 12. Juli traf der Bundesrat einen *grundsätzlichen Entscheid* für die atomare Verstärkung unserer Armee und beauftragte das EMD, die mit der Einführung von Atomwaffen zusammenhängenden Fragen weiter zu verfolgen und ihm zu gegebener Zeit Bericht und Antrag zuhanden der eidgenössischen Räte zu unterbreiten. Der Bundesrat ging dabei von der Auffassung aus, daß eine mit Atomwaffen ausgerüstete Armee das Land ungleich besser verteidigen könne als Streitkräfte, die nicht über Atomwaffen verfügen. «In dem Maße, in dem weitere Länder die atomare Bewaffnung einführen, würde unsere Armee im Falle eines Verzichtes auf solche Waffen in einen Zustand relativer Schwäche verfallen, der zu schwersten Bedenken Anlaß geben müßte¹⁹.»

Welcher Art diese Atombewaffnung sein müßte, untersuchte Oberstkorpskdt. *Hans Frick*: «Zunächst wären bestimmt atomgeladene Fliegerabwehrraketen erforderlich, die sowohl gegen feindliche Bombenflugzeuge als gegen Fernlenkraketen eingesetzt werden könnten. Es wird auch zu prüfen sein, ob daneben noch unsere Flugzeuge oder wenigstens ein Teil davon mit Atomraketen

zur Bekämpfung feindlicher Luftziele auszurüsten seien. Sodann wären Atomraketen für den Erdkampf notwendig, die den Kampfverbänden zuzuteilen wären und mindestens teilweise die Aufgaben zu übernehmen hätten, die heute der Artillerie zufallen. Ob daneben auch noch Atomgeschosse für die klassische Artillerie notwendig wären, müßte immerhin geprüft werden; für die Panzerabwehrwaffen wären solche sicher von großer Bedeutung. Daß es sich bei allen diesen Geschossen um kleinere Kaliber als die Hiroshimabombe handeln müßte, liegt auf der Hand; für den taktischen Gebrauch im engeren Sinne ist eine Mehrzahl kleinerer Geschosse weit nützlicher als wenige große. Schließlich müßten wir aber auch Waffen, und zwar Raketen besitzen, mit denen wir auf strategische Ziele schießen könnten, also beispielsweise auf Flugplätze, Verkehrswege, Brücken, feindliche Fernwaffenstellungen und strategische Reserven²⁰.»

Daß die Verteidigung mit Atomwaffen gerade für kleine und friedlich gesinnte Länder von besonderer Bedeutung ist, betonte auch Dr. *Walter Boveri* an der Generalversammlung der Brown, Boveri AG in Baden. «Ein kleines Land muß, wenn es schon nicht in der Lage ist, den Angreifer machtmäßig am Eindringen in sein Territorium zu hindern, seine Verteidigung darauf richten, den Preis des Gegners für dessen Eindringen nach Möglichkeit hinaufzuschrauben. Allein die Schwäche des kleinen, angegriffenen Landes hat bisher immer darin gelegen, daß es zu seiner Abwehr dem Angreifer in dessen Hinterland keinen Schaden zufügen konnte. Wo insbesondere die eigenen Anlagen für Verkehr und Heeresversorgung der Zerstörung ausgesetzt sind, bleibt der Angreifer von solchen Gefahren verschont. Hier schafft die von der Rakete getragene Atomladung eine radikale Änderung, denn besonders aus unangreifbaren Gebirgsstellungen abgefeuert, ist sie wohl bald imstande, jedes Ziel zu erreichen, von dem aus ein Angriff gegen uns geplant werden könnte. Die Rüstung

der Großmacht verliert daher für diese plötzlich erheblich an Bedeutung und Wert, da man nicht mehr wagen kann, sie einzusetzen. Einer künftigen Abrüstungskonvention wird diese Entwicklung förderlich sein. Für den Frieden und die Sicherheit kleiner Staaten, die keine aggressiven Absichten verfolgen, ergibt sich dagegen ein Schutz, wie ihn die Vergangenheit nie gekannt hat²¹.»

So gilt denn mehr denn je der römische Grundsatz *SIVIS PACEM PARABELLUM*, und der Russellschen Einladung, lieber Sklaverei zu erdulden als einen Atomkrieg, setzt das Schweizervolk Schillers Parole im Rütlichschwur entgegen:

Eher den Tod als in der Knechtschaft leben.

Miles

¹Oberstkorpskdt. Hans Frick, «Der Bund», Nr. 325 v. 22. 7. 58. ²NZZ Nr. 1705

v. 10. 6. 58. ³Volksstimme, St. Gallen, Nr. 133 v. 11. 6. 58. ⁴Tagwacht, Bern, Nr. 133 v. 11. 6. 58. ⁵Arbeiter-Zeitung, Basel, Nr. 136 v. 14. 6. 58. ⁶Tagwacht, Bern, Nr. 143 v. 23. 6. 58. ⁷NZZ Nr. 1723 v. 12. 6. 58. ⁸NZZ Nr. 2306 v. 12. 8. 58. ⁹NZZ Nr. 2316 v. 13. 8. 58. ¹⁰Berner Tagblatt Nr. 175 v. 28. 6. 58. ¹¹«Pazifismus als Kriegsursache», NZZ Nr. 1050 v. 13. 4. 58. ¹²Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift Heft 7/8 S. 509 u. ff. ¹³«Die Gegenwart» 26. Juli 58 S. 463 u. ff. ¹⁴Vaterland, Luzern, v. 19. 4. 58. ¹⁵NZZ Nr. 2227 v. 2. 8. 58. ¹⁶Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung, Sommersession 1958, S. 33. ¹⁷NZZ Nr. 1688 und 1695 v. 9. 6. 58. ¹⁸Berner Tagblatt Nr. 180 v. 3. 7. 58. ¹⁹Berner Tagblatt Nr. 190 v. 13. 7. 58. ²⁰Der Bund Nr. 325 v. 22. 7. 58 und Nr. 326 v. 23. 7. 58. ²¹Die Weltwoche, Zürich, v. 25. 7. 58.

Politische Tagesfragen

Der Bundesrat als Regierung

Die Ausweitung, die die staatliche Tätigkeit erfahren hat, bringt die Gefahr mit sich, daß sich unsere Landesregierung in der Administration verliert. Um so erfreulicher war es feststellen zu können, daß sie sich am 1. August in die Rolle des obersten Mahners und Führers begeben hat. Man mag ernste Bedenken anbringen, daß die mit einer so gewaltigen Arbeit belasteten Mitglieder des Bundesrates immer wieder veranlaßt werden, Reden zu halten, und sei es auch am Nationalfeiertag. Dieses Jahr war es aber unverkennbar, daß die Reden weitgehend aufeinander abgestimmt waren. Die Mitglieder unserer Landesregierung, die Ansprachen gehalten haben, wollten dem Volke offenbar etwas Gemeinsames und Grundlegendes sagen. Sie mahnten, im Willen zur Verteidigung des Landes nicht

nachzulassen. Einige Ausschnitte seien hier festgehalten:

Bundespräsident *Holenstein*: «Es muß unser unverbrüchlicher Wille sein, unser Land gegen jeden Angriff zu verteidigen und unsere Armee für diesen Zweck stark und widerstandsfähig zu erhalten.»

Bundesrat *Feldmann*: «Zur Wahrung der Unabhängigkeit gehören beim heutigen Zustand der Welt und auf absehbare Zeit hinaus in erster Linie Wehrwille und Wehrebereitschaft. ... Dann aber muß sie (die Armee) sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr setzen können und darf nicht zum vorneherein auf die wirkungsvollsten Waffen verzichten.»

Bundesrat *Lepori*: «Auch heute kann unsere Neutralität keine andere sein als sie gestern war, eine bewaffnete Neutralität. Sie muß sich aber auf moderne Verteidigungsmittel und Waffen stützen können, selbst

wenn das Opfer und Risiken miteinschließen müßte.»

Und Bundesrat *Chaudet*: «Darf man die Augen verschließen vor einer Erpressung, die unter der Drohung der modernen Waffen erfolgt? Vergessen wir denn, daß die Flucht vor der unmittelbaren Drohung den Beginn des Ruins dessen bedeutet, was Generationen in der Hoffnung aufgebaut haben, den Triumph der geistigen Kräfte auf immer sicherzustellen?»

Das Erlebnis der einheitlichen und klaren Stellungnahme von vier Mitgliedern des Bundesrates in einer Frage, in der sich eine gewisse Verwirrung anzubahnen scheint, machte den diesjährigen 1. August zum guten Feiertag.

Keine «Atomtod-Kampagne»

Der drohende Schwächeanfall in unserem Volk, dem die Mitglieder der Landesregierung sichtlich haben entgegentreten wollen, war im Versuch zu erblicken, die «Atomtod»-Kampagne aus der Deutschen Bundesrepublik, wo sie die erhofften parteipolitischen Früchte übrigens nicht erbracht hat, auf schweizerischen Boden zu verpflanzen. Auf der für diesen Versuch am ehesten anfälligen Linken ist ihm durch die «Erklärung der 36» mit Kraft und Entschiedenheit entgegengetreten worden. Schon heute steht fest, daß es zu einer geschlossenen Agitation der Linken nicht kommen wird. Im weitern dürfte die Zeit eine klärende Wirkung ausüben. Manches Problem erweist sich aus der Nähe betrachtet als leichter lösbar, als wenn man es nur aus der Ferne beschaut und von seiner scheinbaren monumentalen Größe beeindruckt ist, ohne die Risse und die Gliederung zu sehen. Die Atomwaffe besteht schon heute nicht mehr nur aus der Bombe mit phantastischer Vernichtungskraft. Wie bei andern Waffenarten, wird sich die Schweiz schwerlich bei der Atomwaffe mit dem schwersten Angriffsmaterial versehen wollen. Mit solchem war sie seit Marignano stets weniger gut oder überhaupt nicht ver-

sehen. Wenn es sich aber einmal um das Problem der Ausrüstung unserer Armee mit taktischen Atomwaffen handelt, so wird mancher, der heute glaubt, der Atomwaffe grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen zu müssen, einsehen, daß er sich in den Proportionen vergriffen hat und daß es nicht darum geht, Prinzipien zu reiten, sondern um die ganz andere und unabweisbare Aufgabe, unsere Armee im Vergleich zu denen des Auslandes ein ernsthaftes Instrument sein zu lassen. — Die erste schweizerische Partei, welche die Frage der Atomwaffen beraten hat, die sozialdemokratische, hat die Entscheidung verschoben. Das war sicher nicht heroisch; allein es mag insofern klug gewesen sein, als die Schreckwirkung kaum ihre ursprüngliche Kraft bewahren dürfte und als die Stellungnahme wohl vernünftiger ausfällt, wenn es sich einmal um konkrete und überschaubare Entscheide handelt.

Eidgenössische Gesetzesinitiative?

Die gleiche Partei hat angekündigt, sich für die Schaffung der Gesetzesinitiative im Bund einsetzen zu wollen. Damit ist ein grundsätzliches Problem aufgeworfen. Soll den heutigen Volksrechten ein neues beigefügt werden? Der Bund kennt heute das obligatorische Verfassungs- und das fakultative Gesetzesreferendum sowie die Verfassungsinitiative. Sollen sie durch die Gesetzesinitiative ergänzt werden? Ein gleichsam technischer Gesichtspunkt spricht prima vista dafür. Heute, da die Gesetzesinitiative nicht existiert, wird die Verfassungsinitiative nicht selten zum Versuch mißbraucht, Bestimmungen in die Verfassung zu bringen, die eindeutig den Charakter von Ausführungsgesetzen haben. Ein Beispiel unter anderen ist die Initiative auf Einführung der 44-Stundenwoche. Es mag sein, daß dieser Mißbrauch aufhören würde, wenn die Möglichkeit bestünde, Initiativbegehren zur Ergänzung der Ausführungsgesetzgebung einzureichen. Allein es würden sich damit

nur andere, noch schwerere Probleme ergeben.

Die Gesetzesinitiative müßte, um nicht zu überwuchern, einer Kontrolle auf ihre Verfassungsmäßigkeit unterstellt werden. Diese ist gegenüber den Kantonen vorhanden. Im Bund stieße man indessen auf eine große Schwierigkeit. Wer sollte über die Verfassungsmäßigkeit eines Initiativbegehrens entscheiden? Die eidg. Räte? Sie sind eine politische, nicht eine richterliche Instanz. Das Bundes- oder ein noch zu schaffendes spezielles Verfassungsgericht? Das wäre theoretisch schön, würde aber das Volk gegenüber den Räten zurücksetzen, denn die Gesetzesbeschlüsse der Räte sind keiner verfassungsrichterlichen Kontrolle unterstellt. Schwerlich wäre es tragbar, durch ein Gremium von einigen Männern ein Gesetz aufheben zu lassen, das vom Volke ausdrücklich mit Mehrheit angenommen worden wäre. So könnte wohl nur die *vorgängige* richterliche Kontrolle spielen, die darüber zu befinden hätte, ob ein Initiativbegehren mit der Verfassung in Einklang stehe oder nicht und ob es somit dem Volk überhaupt unterbreitet werden dürfte. Allein damit würde das Volk zum mindern Gesetzgeber als die Räte, die solcher Kontrolle nicht unterstehen.

Ohne verfassungsrichterliche Kontrolle müßte aber befürchtet werden, daß Verfassung und Gesetz bald weit auseinander klaffen würden. Wer wollte sich noch die Mühe nehmen, zuerst die Verfassung zu ergänzen oder zu revidieren, bevor ein Gesetzesvorschlag eingereicht würde? Gesetze ohne Verfassungsgrundlage und Gesetze gegen die Verfassung wären bald an der Tagesordnung. Die Zweistufigkeit von Verfassung und Gesetz würde mißachtet. Der Zustand wäre schlimmer als heute, wo dann und wann versucht wird, Bestimmungen mit klarem Ausführungs- und damit Gesetzescharakter durch das Initiativrecht in die Verfassung zu bringen.

Es dürften sich nur zwei Wege darbieten, um zu einer Lösung zu kommen, welche

die genannten Gefahren der Unordnung und der Demagogie vermeidet. Entweder werden sowohl die von den Räten beschlossenen Gesetze wie die Gesetzes-Initiativbegehren einem Verfassungsgericht unterstellt. Oder man begnügt sich damit, das Initiativrecht auf die allgemeine Anregung zu beschränken in der Meinung, daß die Räte einem solchen Auftrag des Volkes zu folgen hätten, soweit eine Verfassungsgrundlage besteht. Aber auch diese beiden Möglichkeiten bedürfen noch genauer Erwägung. Vor allem ist zu prüfen, ob das Prinzip nicht überspitzt, die direkte Demokratie nicht überlastet, ja vielleicht zu Tode geritten würde. Jedenfalls dürfte eine Gesetzesinitiative bloß nach dem Muster der Verfassungsinitiative nicht in Frage kommen.

Freihandelszone, GATT-Verhandlungen, neuer Zolltarif

Seit den Verhandlungen in Paris vom vergangenen Juli wird mit Bezug auf die Schaffung einer europäischen Freihandelszone wieder Optimismus gezeigt. Wenn man sich fragt, worin er sich gründet, so findet man schwerlich viel. Die Welle des Optimismus, die sich erhoben hat, ist nicht auf reale Fortschritte zurückzuführen. Sie scheint ihre einzige Ursache darin zu haben, daß sich der Vertreter Frankreichs erheblich verbindlicher zeigte als erwartet. Die materiellen Fragen blieben aber weiterer Behandlung vorbehalten. Es ist denn auch seither nichts Konkretes mehr geschehen. Ähnliches gilt von der Agrarkonferenz der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Stresa. Dort wurde der Wille zur vermehrten Zusammenarbeit sehr entschieden zum Ausdruck gebracht. Es wurde auch über die zu beschreitenden Wege gesprochen, aber gebahnt sind sie noch nicht.

In der schweizerischen Presse sind nach längerem Schweigen kritische Stimmen zu den GATT-Verhandlungen über den neuen schweizerischen Zolltarifentwurf erschienen.

Es wurde von unerwarteten Schwierigkeiten gesprochen, ferner von einer längeren als der geplanten Dauer, ebenso davon, daß der Zeitpunkt der Verhandlungen ungünstig gewählt worden sei. Der Nutzen dieser Erörterung vor der Öffentlichkeit erscheint als mehr denn zweifelhaft. Daß die Verhandlungen technisch und materiell schwierig sein würden, konnte jedermann von Anfang an wissen. Daß sich die jeweilige Dauer nicht genau voraussagen läßt, war bei solchen Vorhaben stets klar. Und ob der Zeitpunkt günstig war, ist insofern eine müßige Frage, als die Schweiz die Wahl eines andern überhaupt nicht hatte. So konnte ein Beitritt als assoziiertes Mitglied des GATT erst in Frage kommen, nachdem sich im GATT selber eine gewisse Entwicklung abgespielt hatte, die den Beitritt als möglich erscheinen ließ, ohne daß die Schweiz ihre handelspolitische Rüstung zu sehr hätte aufgeben müssen. Der Beginn der Verhandlungen wurde nicht durch die lange Arbeit am schweizerischen Zolltarif hinausgezögert, sondern durch gewisse Vorgänge im GATT selber. Man täuscht sich im übrigen schwerlich, wenn man annimmt, daß ein Teil der

in die schweizerische Presse geflossenen Informationen — vor allem der falschen —, unter Verletzung der im GATT statuierten Diskretionspflicht von ausländischen Delegationen gegeben worden sind, die sicher nicht die Absicht hatten, damit die Stellung der schweizerischen Unterhändler zu stärken. Dieser Versuch, das Schweizervolk zu verwirren und unsere Unterhändler der Kritik aus dem eigenen Lager auszusetzen, ist um so gefährlicher, als die Verhandlungssituation sehr kompliziert ist. Man muß sich deshalb vor allem dessen bewußt sein, daß fremde Delegationen es keineswegs verschmähen, auch mit derartigen Mitteln zu arbeiten. Wenn unser Volk die wirklich schwere Prüfung bestehen will, die darin besteht, daß wichtigste Fragen der weitem wirtschaftlichen Entwicklung — Freihandelszone, GATT-Mitgliedschaft, neuer Zolltarif — in aufregender Weise ganz einfach noch offen stehen, so sind Mißtrauen gegen die eigenen Vertretungen und eine innere Bereitschaft zur Spaltung nicht die rechten Mittel.

Helveticus

Weltflucht oder christlicher Realismus

Ein Lebrgang über christliche Sozialethik des Internationalen Institutes Schloß Mainau

Täglich bildet die Bodenseeinsel Mainau mit ihren prachtvollen Blumengärten das Ziel begeisterter Besucher. Vielleicht nur wenige unter ihnen wissen um das in einem Teil des schönen Barockschlosses untergebrachte Internationale Institut. Trotzdem hat es sich in der kurzen Zeit seines Bestehens einen guten Namen zu machen gewußt. 1948 auf die Initiative des großzügigen Inselherrn, des schwedischen Grafen *Lennart Bernadotte* gegründet, sollte das Institut ursprünglich dazu dienen, der jahrelang isoliert lebenden deutschen Jugend wieder zum Kontakt mit der Jugend anderer Län-

der zu verhelfen. Die Organisation wurde dem YMCA-Weltbund übertragen. Bald aber wurde die Basis erweitert und heute sind es junge Menschen aller Herren Länder, die sich in der herrlichen Umgebung zu gemeinsamem christlichem Arbeiten, aber auch zu froher Entspannung treffen. Den Sprachschwierigkeiten wurde in jüngster Zeit durch die Errichtung von Simultan-Übersetzungsanlagen begegnet, die sich, dank unermüdlicher Arbeit der Dolmetscherinnen, ausgezeichnet bewähren. Die Leitung der Akademie, Direktor Pastor *Tore Littmarck* und Vize-Direktor Dr.

Winfried Fischer, bemüht sich erfolgreich um zeitnahe, interessante Tagungsprogramme und eine sorgfältige Referentenauswahl. Erfreulicherweise wird hier vom sonst üblichen Schema der Kurztagungen abgewichen und so den Teilnehmern eine wirklich gründliche Kontaktnahme ermöglicht.

Graf Bernadotte, ein Neffe des schwedischen Königs, ließ es sich nicht nehmen, die Teilnehmer selbst willkommen zu heißen und in einer launigen Ansprache über die wechselvolle Geschichte der Insel zu berichten, die bis ins 19. Jh. im Besitz des Deutsch-Ritter-Ordens stand und auch von Krieg, Belagerung und Verwüstung nicht verschont blieb.

Ein erstes Referat von *Martin Donath*, Sozialreferent der evangelischen Landeskirche Baden, galt der Frage der «christlichen Verantwortung für die soziale Stabilität von Völkern und Staaten im frühen Kapitalismus». Im frühkapitalistischen Stadium stehen heute die meisten Völker der Erde. Sie sehen sich infolge des ungeheuren progressiven Bevölkerungszuwachses gezwungen, in kurzer Zeit den Vorsprung der «alten Industrieländer» des Westens aufzuholen. Diese allein hatten die Chance, dem Problem der Industrialisierung schon früh gegenübergestellt zu werden und in langsamer Entwicklung um die Meisterung der damit verbundenen sozialen Strukturwandlungen ringen zu können. Diese Vorzugsstellung muß sie verpflichten, ihre Kräfte den andern mit einer gewissen Selbstlosigkeit zur Verfügung zu stellen; «einer trage des andern Last», dieser christliche Grundsatz muß auch im Verkehr der Völker Geltung erhalten. Die abendländischen Völker dürfen auch nicht vergessen, daß ihr Wohlstand nicht nur dem eigenen Fleiß entsprungen ist, sondern auch einer imperialistischen Kolonialpolitik. Daß dieser Kolonialismus begleitet war von der Ausbreitung des Christentums und deshalb dem Satz «sie predigen Christus und meinen das Geld» nicht jede Berechtigung abzusprechen war, muß heute Anlaß sein, «tätige Buße» zu

üben, sachlich zu helfen mit Arbeit und Kapital, zu helfen beim Aufbau einer tragfähigen industriellen Führungs- und Arbeiterschicht, vor allem aber auch bei der Bewältigung der unvermeidlichen sozialen Spannungen. Wir müssen verhindern, daß diese Menschen im materialistischen Denken versinken. Bestehen bei uns selbst aber die entsprechenden geistigen Voraussetzungen? In einem zweiten Vortrag erörterte Donath das Problem des «Wohlfahrtsstaates im Lichte der evangelischen Sozialethik». In eingehender Weise zeichnete er die geschichtlichen Ausprägungen des Wohlfahrtsstaates, die Entwicklung, die den Staat auf immer neue Gebiete des Soziallebens übergreifen läßt. Wie stellt sich die Kirche zu diesem Problem? Sie bejaht die Würde des Menschen, der als selbstverantwortliches Wesen auch seine eigene Last tragen soll. Es ist aber utopisch, zu glauben, daß ihm dies in jeder Situation allein gelingen kann. Er ist auf die Hilfe von Bruder und Schwester angewiesen, auf die Hilfe der Gesellschaft. Diese soll aber nicht nur bestehende Notlagen beheben, ihre vornehme Pflicht ist es darüber hinaus, Notlagen zu verhindern. Diese unbestreitbare Feststellung führte den Referenten unmittelbar zur Folgerung, deshalb sei der Wohlfahrtsstaat bis zu einem gewissen Grad zu bejahen. Die ganze Frage reduziere sich, so meinte er, auf die Bestimmung dieses «Grades», welche für jeden Einzelfall vorzunehmen sei.

Professor *Michel Philibert*, Universität Grenoble, der erfreulicherweise der ganzen Tagung beiwohnte und diese immer wieder mit Beiträgen belebte, sprach über «die Herausforderung der modernen Gesellschaft an das Christentum». Der moderne Christ darf sich nicht von der Welt wenden. Er muß vielmehr hineingehen in diese Welt, vom Glauben geführt, daß Jesus Christus ihr wahrer Herr ist. Wir tragen heute für das Geschehen eine geistige und moralische Verantwortung, wie sie der Mensch der Vergangenheit nicht kannte. Früher mußten

irgendwelche Katastrophen, etwa Hunger oder Obdachlosigkeit, als «Unglück» betrachtet werden; wir haben ein Gleiches als «Problem» zu sehen, als Aufgabe, die wir aus eigener Kraft lösen müssen. Dabei ist die heutige Welt zu einer Schicksalsseinheit geworden, wenn auch immer wieder Tendenzen zu Partikularismus und Nationalismus auftauchen. Ständig aber wachsen die Unterschiede im Lebensstandard der einzelnen Völker. Hier liegt eine große Gefahr, gegen die der Christ ankämpfen muß. Das Üben von Barmherzigkeit in der mehr oder weniger passiven Hoffnung auf eine bessere Welt genügt nicht. Es gilt vielmehr, eine neue Sozialordnung zu schaffen, die das «einander Dienen» in den Mittelpunkt rückt, als Aufgabe für den Alltag stellt. Nur durch eine solche grundsätzliche Aktivität vermag der Westen aus seiner ewigen Defensiven herauszutreten.

Die Pflicht des heutigen Christen, seine Glaubensgrundsätze aus der Privatsphäre heraus in das Sozialleben hineinzutragen, klang durch alle andern Vorträge, wenn auch die Anschauungen im einzelnen auseinandergingen. Professor *Adolf Köberle*, Universität Tübingen, betonte in seinem Referat über «die christliche Haltung zu sozialen Fragen in Gegenwart und Vergangenheit» das Eingespanntsein des Menschen in eine Vielzahl bestehender Ordnungen. Diese sind in ihren Grundgedanken gut, von Gott gewollt. Menschliches Sündigsein, manchmal auch einfaches, auswegloses Verstricktsein verhindern aber oft ihre Wirksamkeit. Hier müssen wir auf Gottes Vergebung hoffen. Auf dieser Vergebung dürfen wir aber nicht ausruhen — eine Gefahr, der das Luthertum ganz besonders ausgesetzt ist. Neben den Gedanken der Vergebung muß derjenige an die Auferstehung treten, an das Wirken im Zeichen der Liebe. Wie muß sich der Christ zu den heute herrschenden Sozialsystemen stellen? Wichtig ist es, zu erkennen, daß in den sog. Wirtschaftsgesetzen immer weltanschauliche Bilder verwoben sind. Wo der Kapitalismus für die

freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit eintritt, ist er zu bejahen, allerdings nur solange, als die Verantwortung anerkannt wird. Ein Ja gehört dem Sozialismus, wo dieser Brüderlichkeit, Wohlfahrt für alle predigt, nicht aber dort, wo er seine Basis im Materialismus findet. Der Christ muß heute zu einem «personalen Sozialismus» durchstoßen, zu einem Wirken in freier Verantwortung vor Gott, seinen Mitmenschen und vor sich selber. Noch einen Schritt weiter ging Dr. *Christian Walther* vom sozial-ethischen Ausschuß der evangelischen Kirche Rheinland in seinen Ausführungen über «privates, soziales und volles Christentum». Auch er kritisierte die Idee, Christentum sei ausschließlich eine Privatsache des einzelnen. Damit wird der sozialen Weltordnung eine autonome, vom Herrschaftsanspruch Gottes ausgeklammerte Stellung zugesprochen. Das Christentum bleibt dabei gleichsam im Ghetto und eine christliche Sozialethik wird unmöglich. Walther lehnte aber auch die Idee des sozialen Christentums ab. Dieses kritisiert zwar die Trennung Reich Gottes - Welt. Unter Zuhilfenahme des idealistischen Begriffes von den Schöpfungsordnungen werden durch eine logische Konstruktion die bestehenden sozialen Ordnungen als positive Ordnungen Gottes aufgefaßt. Alle Gebote dieser Ordnungen werden damit zu direkten Geboten Gottes. Eine solche mystisch-idealistische Anschauung der Weltordnungen beläßt diesen praktisch ihre Autonomie, ja verstärkt sie sogar. Die christliche Tätigkeit im Sozialen bleibt auf die Caritas beschränkt. Damit lassen sich die sozialen Probleme natürlich nicht an der Wurzel fassen. Wir müssen heute zum vollen Christentum durchstoßen. Aus dem Glauben an die Erlösung durch Christus und im Gehorsam an den uneingeschränkten Herrschaftsanspruch Gottes müssen wir dem Mitmenschen diesen. Die soziale Wirklichkeit muß immerfort kritisch analysiert werden, im Wissen um die Dynamik der Sozialordnungen. Das Bestehende darf nicht verabsolutiert werden. Auch das Evangelium

kennt kein Patentrezept für ein immerwährendes Sozialsystem. Volles Christentum, das ist der kritische soziale Humanismus auf dem Boden der Agape.

«Das christliche Arbeitsethos», so lautete das zweite Referat von Prof. Philibert. Er zeichnete zuerst die Wandlungen, die dieser Begriff im Laufe der Zeit durchmachte. Heute wird darunter allzuoft nur die Handarbeit verstanden, während in Wahrheit doch das menschliche Denken die eigentlich kreative Gewalt ist. Arbeit ist keineswegs nur Bestrafung für den Sündenfall. Sie gehört zur menschlichen Natur. Der Mensch hat die Aufgabe, sich die Welt untertan zu machen. Darin folgt er Gottes Gebot. Die moderne Zeit hat aber die Arbeit weitgehend pervertiert. Diese wurde zum Kaufobjekt erniedrigt. Man arbeitet nicht mehr, um neue Werte zu schaffen, um die Welt zu verändern, sondern, um seinen Lohn zu erhalten. Abhilfe kann nur dann kommen, wenn der Mensch das Profitdenken, das heute die Wirtschaft beherrscht, überwindet. Ansätze dazu können gefunden werden, indem der Arbeiter überall zur Mitverantwortung herangezogen wird und indem ihm stärkere Kontakte zur Kultur vermittelt werden.

Günther Feuser, Generalsekretär für Flüchtlingsarbeit im deutschen CVJM, unterzog abschließend die Frage «CVJM

und die soziale Verantwortung» einer scharfen Analyse. Die Aufgabe des CVJM kann es heute nicht mehr sein, Frömmigkeit zu pflegen; aus der Kraft des Evangeliums heraus muß der junge Mensch instand gesetzt werden mit den heutigen Problemen — die überwiegend soziale sind — fertig zu werden. Dabei will diese Jugend aber weniger Worte hören, als Taten sehen. Entscheidend ist das Zeugnis, das wir in unserem Alltag ablegen. Wir müssen hineinsteigen ins Leben. Wir müssen nach neuen Formen suchen, nicht altes restaurieren wollen. Unser Glaube muß wieder zum Wagnis werden. Wenn Saint-Exupéry die heutige Generation mit Verbannten vergleicht, die noch keine Heimat besitzen, dann müssen wir in unserer Haltung deutlich werden lassen, daß wir eine wirkliche Heimat besitzen, daß unser Glauben uns wirkliches Fundament ist.

Mit Bedauern nahm man Abschied von der schönen Mainau, voller Dankbarkeit für die interessanten Vorträge und die vielen Gelegenheiten zu freier Diskussion, aber auch für die vielen «Stundenhalte», die in der Form abendlicher Konzerte, Filmvorführungen und geselligen Anlässen für geistige Erholung sorgten.

Walter Rapold